



AfD-Ratsgruppe im Rat der Stadt Münster

Antisemitismus keinen Raum geben

AfD-Ratsgruppe
im Rat der Stadt Münster

Leostr. 16-B

48153 Münster
Tel. (0251) 60688623
martin.schiller@afd-muenster.de

Antrag an den Rat der Stadt Münster

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Stadt Münster und die in ihrem Besitz befindlichen Unternehmen vermieten keine Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Ausstellungen oder Demonstrationen an Organisationen, die die Ziele der gegen den Staat Israel gerichteten BDS-Kampagne unterstützen.

Die Stadt Münster verurteilt die BDS-Kampagne als antisemitisch.

Die Stadt Münster setzt sich über den Deutschen Städtetag dafür ein, dass dieser seinen Mitgliedern empfiehlt, Organisationen der BDS-Kampagne keine kommunalen Räume mehr zu vermieten.

Begründung:

BDS steht für „Boykott, Desinvestition und Sanktionen“. Es ist eine private Kampagne, die das Ziel verfolgt, den Staat Israel politisch unter Druck zu setzen. Durch den Boykott israelischer Waren auf den Weltmärkten; der Desinvestition von Unternehmen im Staat Israel und weiteren wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen den Staat Israel.

Ziel der Kampagne ist es die Besetzung und Besiedlung von arabischen Gebieten durch Israel aufzugeben.

Hinter diesem vorgeblichen Zielen verbirgt sich aber in Wahrheit eine ganz andere politische Agenda.

BDS leugnet das Existenzrecht des Staates Israel. Denn eine Umsetzung der Forderungen käme einem Ende des Staates Israel gleich. Das Existenzrecht des Staates Israel gehört zu den Grundpfeilern der deutschen Außenpolitik.

Wenn die Stadt Münster Organisationen aus dem Umfeld der BDS-Kampagne Räume vermietet, dann verstößt dies gegen diesen Leitgedanken der deutschen Außenpolitik.

BDS-Organisationen behaupten, sie kritisieren den Staat Israel für eine falsche Politik gegenüber der arabischen Minderheit. Tatsächlich ist dies nur ein Vorwand. Tatsächlich

verbreiten die Protagonisten offenen Antisemitismus und leugnen das Existenzrechts Israel.

Dies erinnert fatal an die dunkelste Zeit deutscher Geschichte. Daher darf Organisationen aus dem Umfeld der BDS-Kampagne kein Raum zur Verfügung gestellt werden.

gez.

Martin Schiller und Richard Mol